



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
3. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 11.07.2013  
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke  
Frau Britta Dreher  
Frau Marion Dyduch  
Herr Joachim Eckardt  
Herr Kaya Gercek  
Frau Astrid Gube  
Frau Petra Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Annette Mann  
Herr Ulrich Marc  
Frau Ursula Müller  
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat  
Herr Silvester Runde  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Reinhard Hasler

Herr Wilhelm Kemna  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Susanne Middendorf  
Frau Ina Scharrenbach  
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Alexandra Möller  
Herr Adrian Mork  
Frau Bettina Werning

FDP

Frau Heike Schaumann  
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

fraktionslos

Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning  
Herr Ulrich Klein  
Frau Ursula Lungenhausen  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Frau Sabrina Conrad  
Frau Julia Freundl  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jörg Mösgen  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig  
Herr Alfred T. Supper

Gäste

Herr Andreas Schlüter

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili  
Herr Dirk Ebbinghaus  
Frau Rosemarie Gerdes  
Frau Gabriele Lenkenhoff

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht Westfalen-Klinikum zur Geburtshilfeabteilung am Standort Kamen	
3	1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Bergkamen, der Gemeinde Bönen und der Stadt Kamen über die Durchführung des Rettungsdienstes	058/2013
4	Genehmigung der Satzungsänderung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	043/2013
5	Vergabe der Stromkonzession ab 2015	051/2013
6	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2012	056/2013
7	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2012	057/2013
8	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadtentwässerung Kamen	047/2013
9	Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung Kamen	046/2013
10	Fluglärmenschutzkommission des Flughafens Dortmund hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013	
11	Ampelanlage auf der B233 (Hochstraße) hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013	
12	Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2014 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013	
13	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.

Bericht Westfalen-Klinikum zur Geburtshilfeabteilung am Standort Kamen

Der **Bürgermeister** verwies auf die vorletzte Haupt- und Finanzausschusssitzung in der vereinbart wurde, dass der Beschluss des Aufsichtsrates vom 20.06.2013 nach dieser Ratssitzung Gültigkeit entfaltet, mit der Maßgabe, dass der Geschäftsführer Herr Schlüter den Sachverhalt in der heutigen Sitzung erläutert und anschließend die Möglichkeit bestehe, Sachvorgang und Ergebnis zu diskutieren.

Der Bürgermeister erteilte Herrn Schlüter das Wort.

Herr **Schlüter** begrüßte den Bürgermeister und die Anwesenden und erläuterte, dass die Geburtsstation im Westfalen Klinikum zum 15.07. geschlossen werden müsse.

Es gäbe keine niedergelassenen Ärzte in der Umgebung, die bereit seien, als Belegärzte zu arbeiten. Auf Grund dessen gäbe es keine weitere Möglichkeit mehr, als die Abteilung zu schließen.

Herr Schlüter räumte einige Fehler der Geschäftsführung des Krankenhauses ein, erläuterte aber auch, dass viel unternommen worden wäre, damit es nicht zur Schließung komme, so wurden z.B. die niedergelassenen Ärzte in der Region angesprochen, Anzeigen geschaltet, mit der Kassenärztlichen Vereinigung gesprochen und auch Einzelgespräche geführt. Er schilderte die Problematik, warum es schwierig wäre, Belegärzte zu finden. Momentan seien noch 2 Belegärzte im Krankenhaus und beide Ärzte versicherten das Bleiben bis zum 15.07.2013.

Nach dem 15.07. wäre nur noch ein Arzt vor Ort und dies wäre zu wenig für eine Geburtsstation.

Herr Schlüter ging auf die letzten Zeitungsartikel ein, die nach seiner Meinung nicht ganz der Realität entsprechen. Insbesondere distanzieren er sich von dem aktuellen Artikel bzgl. des Abschlussfotos, selbstverständlich werde ein Abschied stattfinden. Er hob die gute Arbeit der Mitarbeiter der Belegabteilung über viele Jahre hervor.

Frau **Scharrenbach** stellte die Frage nach einer Strategie, wie es im Kamener Krankenhaus weitergehe.

Herr **Schlüter** antwortete, dass momentan Gespräche mit den örtlichen Vertretern der Elternschule geführt würden. Wenn es möglich sei, würden sie diese gern zusammen betreuen, ansonsten selbst eine Elternschule betreiben. Ein Konzept würde auf jeden Fall erarbeitet und verfolgt werden.

Zu TOP 3.  
058/2013

1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Bergkamen, der Gemeinde Bönen und der Stadt Kamen über die Durchführung des Rettungsdienstes

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte 1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna, der Stadt Bergkamen, der Gemeinde Bönen und der Stadt Kamen über die Durchführung des Rettungsdienstes.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.  
043/2013

Genehmigung der Satzungsänderung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen

**Beschluss:**

Die vorgelegte 1. Änderungssatzung der Satzung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
051/2013

Vergabe der Stromkonzession ab 2015

Zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt informierte der **Bürgermeister**, dass die Verwaltung durch eine Anwaltskanzlei ein diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren erarbeiten ließ und 2 Interessenten sich darauf gemeldet hätten. Zum einen die RWE, die aber nach dem Interessenkundungsverfahren Abstand genommen habe und zum anderen die GSW, die ein verbindliches Angebot abgegeben habe. Der Bürgermeister erläuterte nochmal kurz den Vertrag, der eine Laufzeit von 20 Jahren hat.

Frau **Dyduch** lobte die Ausarbeitung der Vorlage. Aus kommunaler Sicht habe man sich dieses Ausschreibungsergebnis gewünscht. Die GSW als kommunales Unternehmen, als Tochtergesellschaft, sei mit ihren fairen Preisen gemeinwohlorientiert. Weiterhin befürwortet sie das Gestaltungsrecht durch die Gremien und die Transparenz des Verfahrens. Die GSW sei zudem umweltgerecht und im Bereich Kultur oder Jugend oft im Sponsoring-Bereich tätig. Daher werde die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr **Grosch** schloss sich den Ausführungen von Frau Dyduch an. Er bewertete die veränderten Vertragsbedingungen seitens der GSW als positiv, insbesondere den Punkt zu den erneuerbaren Energien.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Allerdings verwies sie zum einen auf den § 6 des Vertrages, darauf sollte im Hinblick auf die anfallenden Kosten zukünftig durch den Rat ein Augenmerk gerichtet sein. Zum anderen begrüßte sie § 7 des Stromkonzessionsvertrages, stellte aber in diesem Zusammenhang die Frage nach einem Konzept auf Verzicht von Atomenergie.

Der **Bürgermeister** erläuterte, dass das Einkaufskonzept der GSW atomstromfrei sei. Weiterhin erklärte er, dass § 7 als reine Vorsorgeposition für ein Konzept eingefügt worden sei. Da der Vertrag eine Laufzeit von 20 Jahre habe, bestehe kein Handlungsbedarf. Die Beschaffung erneuerbarer Energien im Versorgungsgebiet durch Windkraft sei ein Prozess, den man nun abwarten müsse, da es einige Einschränkungen durch rechtliche Vorgaben gäbe.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, die Stromkonzession ab 2015 an die GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen zu vergeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorgelegten Vertragsentwurf mit der GSW abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
056/2013

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2012

Herr **Heidler** zeigte sich erfreut über den Jahresabschluss des Technoparks, es sei der beste Jahresabschluss seit Jahren. Die Umsatzerlöse seien auf die positiven Zahlen der Vermietung und der guten Arbeit der Mitarbeiter zurückzuführen. Der Technopark sei ein wichtiger Wirtschaftsförderer in der Region, der Blick in die Zukunft sei positiv. Er bedankte sich bei dem Geschäftsführer Herrn Ebbers und seinen Mitarbeitern.

Herr **Klanke** nahm Bezug auf die kritische Berichterstattung der Presse und wies darauf hin, dass man der Verlustübernahme von 175.000 € die Pachteinnahmen in Höhe von 115.000 € gegenüberstellen müsse und es sich so um einen städtischen Ausgleich von 60.000 € handele.

Frau **Middendorf** bedankte sich bei dem Geschäftsführer Herrn Ebbers und seinen Mitarbeitern. Der Verlust sei geringer als angedacht.

Herr **Grosch** begrüßte das Jahresergebnis und er teilte mit, er unterstütze weiterhin die Arbeit des Technoparks. Er erklärte, dass er sich zu den TOP 6 + 7 enthalten werde, da kein Mitglied der Fraktion im Aufsichtsrat sei.

### **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2012 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 174.600,08 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 7.  
057/2013

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2012

Der **Bürgermeister** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Wiedemann.

Nachfolgende Ratsmitglieder nahmen gemäß § 31 GO NRW nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil:

Britta Dreher, Ralf Eisenhardt, Daniel Heidler, Hermann Hupe, Heiko Klanke, Susanne Middendorf, Ursula Müller.

### **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt, abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH werden gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Herr **Wiedemann** übergab die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

Zu TOP 8.  
047/2013

Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadtentwässerung Kamen

Frau **Dyduch** führte aus, dass der Eigenbetrieb ein wichtiger Bereich sei, der u.a. aufgrund der Gebühren im Fokus der Öffentlichkeit stehe. Der Jahresabschluss sei auch ein wichtiger Baustein für den Haushalt. Es sei ein gutes Jahr mit einem Überschuss von 2,6 Mio. Euro. 2013 seien weitaus mehr Investitionen geplant als noch 2012, die Gewinnausschüttung fürs nächste Jahr sei absehbar und die Gebühren würden stabil bleiben. Sie dankte den Mitarbeitern und den Kollegen im Betriebsausschuss für die gute Zusammenarbeit.

Herr **Hasler** würdigte die insgesamt gute Arbeit der Mitarbeiter, es sei ein ausgezeichnetes Ergebnis. Die Investitionen mit Blick auf das aufgenommene Darlehen seien erheblich und die Stärkung des Eigenkapitals spreche für sich. Am Ende des Jahres werde dann bei der Diskussion über die Gebührekalkulation 2014 zu klären sein, ob es eine Möglichkeit gäbe, auch den Bürgern entgegenzukommen.

### **Beschluss:**

Die folgenden Punkte 1 und 2 werden vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zum Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH beschlossen:

1. Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2012 in der vorliegenden Form fest.
2. Der Jahresgewinn 2012 von 2.668.938,71 € wird in Höhe von 377.039,00 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt und der verbleibende Überschuss in Höhe von 2.291.899,71 € auf das Wirtschaftsjahr 2013 vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.  
046/2013

Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung Kamen

Herr **Kloß** teilte mit, dass die BG dagegen stimmen werde, weil der Bürger der Leidtragende sei. Er zitierte aus der Vorlage, dass der Eigenbetrieb aus Gebühren finanziert werde. Der Bürger habe keine Wahl. Darum müsse es eine Senkung der Gebühren geben.

Der **Bürgermeister** wies auf den Unterschied des Gebührenhaushaltes nach dem KAG und der Bilanzbuchhaltungssystematik HGB hin, dies sei geltendes Recht. Somit sei dieser Vorgang nicht ein Griff in die Tasche der Bürger.

### **Beschluss:**

Vom Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 2.668.938,71 € gemäß Bilanz des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen zum 31.12.2012 wird im Jahr 2013 ein Betrag von 1.650.000,00 € an die Stadt Kamen ausgeschüttet.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 10.

Fluglärmenschutzkommission des Flughafens Dortmund  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013

Frau **Scharrenbach** erläuterte den Antrag. Die Vorteile einer Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission seien die ausführlichen Informationsmitteilungen und die Vertretung der Interessen der Kamener Bürger.

Herr **Lipinski** merkte an, dass diese Thematik bereits behandelt worden sei. Er sähe keine Änderung der Sachlage und stimme dem Antrag nicht zu.

Frau **Scharrenbach** erwiderte, dass dies nicht derselbe Antrag sei, damals sei ein Lärmaktionsplan beantragt worden. Hier handele es sich direkt um die Interessenvertretung der Stadt Kamen am Flughafen, die nur in diesem Rahmen möglich sei.

Frau **Schaumann** sah keine Notwendigkeit eines Beitritts, die Informationen würden auch so an die Stadt Kamen weitergegeben werden. Sie würden dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Kühnapfel** begrüßte den Antrag, da die Bürger betroffen seien. Allerdings seien noch Fragen ungeklärt, wie Aufnahme- und Bewerbungsverfahren. Grundsätzlich würde seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Herr **Heidenreich** nahm ergänzend Bezug auf die Lärmbelästigung in Südkamen. Er verwies auf die Ergebnisse von Bürgerbefragungen aus 2008 und 2012. Diese hätten ergeben, dass sich die Bürger nicht vom Fluglärm beeinträchtigt fühlen.

Herr **Klanke** machte deutlich, dass hier das originäre Interesse der Bürger nicht betroffen sei.

Herr **Grosch** sah die wachsende Beeinträchtigung in Kamen unstrittig. Er sähe den Antrag als positiv im Hinblick auf die Diskussion der Ausbaupläne des Flughafens und verwies auf die Klärung der Fragen von Herrn Kühnapfel.

Frau **Scharrenbach** nahm Bezug auf die Fragen und erklärte, dass es keine Mitgliedschaft der Stadt Kamen gäbe, da kein Antrag gestellt wurde. Es gäbe aber seitens der Stadt Unna eine Aufforderung an die umliegenden Städte, dort Mitglied zu werden, um die kommunalen Interessen zu vertreten. Auch plädierte Frau Scharrenbach auf das Mitspracherecht mit Blick auf geplante Erweiterungen.

Frau **Middendorf** stellte die Bürgerbefragung in Südkamen in Frage und verwies auf die Betroffenheit der Anwohner.

Herr **Kühnapfel** kritisierte die Argumentation der SPD-Fraktion und wies erneut darauf hin, dass Lärm zwar subjektiv sei, aber man das Thema ernst nehmen müsse. Es ginge um die Wahrung möglicher Beteiligungsrechte. Er sehe den Antrag daher als unterstützenswert an.

Frau **Schaumann** stellte klar, dass sie Umfragen im persönlichen Umfeld nicht für aussagekräftig hielte.

Herr **Heidler** betonte, dass er in Wasserkurl keine Art von Fluglärm vernehmen könne.

Herr **Heidenreich** teilte mit, dass jede Art von Lärm sehr wohl ernst genommen würde, allerdings bezog er sich erneut auf die Bürgerbefragungen 2008 und 2012, die keine Auffälligkeiten aufzeigten.

Herr **Eisenhardt** zeigte sich erstaunt über die Diskussion. Er appellierte an die SPD-Fraktion, wenn sie schon nicht dem Beitritt zustimmen würde, sich wenigstens zu enthalten.

Der **Bürgermeister**, Herr Hupe, wies darauf hin, dass es Gespräche mit Herrn Kolter gegeben habe. Der Appell an die umliegenden Städte habe eher den Zweck gehabt, Interessen zu sammeln. Allerdings seien die Interessen der Kommunen unterschiedlich. Es handele sich hier um ein Initiativrecht der Städte.

Herr **Kühnapfel** fragte an, welche städtischen Interessen gegen den Beitritt stehen.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass keine Interessen dagegen sprechen würden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt den Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Kamen Mitglied in der Fluglärmschutzkommission des Flughafens Dortmund wird, um so die Interessen der Stadt Kamen bei der weiteren Ausgestaltung des Flughafens Dortmund direkt einbringen und vertreten zu können.

**Abstimmungsergebnis:** bei 26 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 11.

Ampelanlage auf der B233 (Hochstraße)  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013

Frau **Scharrenbach** begründete den Antrag damit, dass zunächst die Entscheidung des PUA abgewartet worden sei. Sie teilte mit, dass das fehlende Gutachten seit 5 Monaten nicht freigegeben bzw. vorgestellt worden sei. Es wäre wichtig, um über diesen Verkehrsadereingriff zu entscheiden. Sie wies auf mögliche Lärm- und Immissionsaspekte durch die Ampelanlage hin. Es sei fraglich, inwiefern Nachsteuerungsbedarf an anderen Ampelanlagen bestehe und Folgekosten daraus resultierten.

Herr **Brüggemann** erinnerte an die wiederholten Beratungen zu diesem Thema im Straßenverkehrsausschuss, im Planungs- und Umweltausschuss und im Rat. Mit der Verabschiedung des Lärmaktionsplans seien für die Unnaer Str. einstimmig Ziele und Maßnahmen formuliert worden. Eine Kreisellösung sei favorisiert, die Ampelanlage mit 2. Prüfpriorität vereinbart worden. In der Folge seien fachtechnische Prüfungen mit dem Ergebnis, dass eine Kreisellösung ausscheidet, vorgenommen worden. In enger Abstimmung mit dem Landesbetrieb sei die Funktionalität einer Signalanlage überprüft worden. Vertiefende Darlegungen dazu habe man im Dezember 2012 vorgelegt. Zuletzt im Juli 2013 habe es Gespräche der Verwaltungsleitung mit dem Landesbetrieb und dem Ingenieurbüro gegeben. Wenn alle technischen Fragen geklärt und schlussabgestimmt seien, werde die Verwaltung wie zugesagt, das Ergebnis im Gremium vortragen. Zu erwarten sei, dass die Lichtsignalanlage leistungsfähig, kompatibel mit anderen Ampelanlagen und auch kostenmäßig vertretbar sei. Der bereits vorgetragene und etatisierte Finanzaufwand sei entsprechend nach zu justieren. Diese Zusage der Verwaltung in der letzten Sitzung, schlussabgestimmte und belegbare Situationen vorzutragen, führe dazu, dass der Antrag obsolet sei. Herr Brüggemann gab im Übrigen zu bedenken, dass der Landesbetrieb über die Verkehrsführung und Baumaßnahmen auf der Hochstraße entscheide und Herr des Verfahrens sei. Er empfahl, den Antrag zurückzuziehen, hilfsweise werde dem Rat empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Bürgermeister** fragte nach, wann die Beratung im PUA stattfände und wann der Baubeginn sei.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass die Baumaßnahme vermutlich im Frühjahr 2014 beginne, die Schlussabstimmung im PUA sei für September/Oktober 2013 geplant.

Frau **Schaumann** zeigte sich irritiert über die Augmentation, denn es ginge im Antrag nicht um die Frage, ob gebaut werde, sondern um die zeitliche Abfolge. Sie hinterfragte außerdem kritisch, wie man die Aussage tätigen könne, dass die Leistungsfähigkeit beurteilt werden könne, wenn das Gutachten noch nicht schlussabgestimmt sei. Weiterhin stellte sie die Ablehnung des Antrags in Frage, dies würde konterkariert, da erst das Gutachten abgewartet werden müsse und dann gebaut werden könne.

Herr **Brüggemann** wies erneut darauf hin, dass der Landesbetrieb über den baulichen Ablauf entscheide und somit dem Antrag faktisch formal nicht gefolgt werden könne. Zur Leistungsfähigkeit verwies er auf das umfassende Skript des Ingenieurbüros Blanke.

Der **Bürgermeister** stellte fest, dass der Antrag formell nicht umsetzbar und überflüssig sei.

Frau **Dyduch** bemerkte, dass auf zwei Ebenen diskutiert werde. Zum einen die formalen Abläufe, die Herr Brüggemann aufgezeigt habe, zum anderen, ob die Ampelanlage überhaupt die Lösung für die Hochstraße sei. Das würde aber das Gutachten zeigen. Fakt sei, dass die Veränderung für Anwohner und Verkehr unstrittig gewollt sei. Wichtig sei die Stellungnahme des Landesbetriebes, aber die Grundhaltung der Änderungsnotwendigkeit bliebe bestehen.

Herr **Kühnapfel** stellte klar, dass die Ampellösung nicht in Frage gestellt werde. Aber die Vorstellung des Gutachtens zur Leistungsfähigkeit müsse selbstverständlich sein. Der Sachverhalt sei eigentlich klar, daher sehe er keine Notwendigkeit des Beschlusses.

Frau **Scharrenbach** erläuterte, dass der Antrag daraus resultiere, dass auf die Frage im PUA, wann das Gutachten vorgestellt werde keine Antwort erfolgt wäre. Weiterhin erläuterte sie den bisherigen Ablauf zum Gutachten aus ihrer Sicht und viele Fragen könnten erst durch das Gutachten geklärt werden. Sie habe Zweifel, dass es rechtzeitig vorgelegt und die Fragen diesbezüglich rechtzeitig beantwortet würden. Durch die finanzielle Beteiligung sei eine kommunale Mitsprache gegeben.

Der **Bürgermeister** bestätigte, dass das Recht des Rates, sich zu beraten, unstrittig sei. Aber er habe keine Kompetenz zu beschließen, wann der Landesbetrieb baue. Er habe auch nicht die Absicht, dem PUA seine Beratungskompetenz zu nehmen.

Herr **Brüggemann** gab zu bedenken, dass wer die Ampelanlage jetzt grundsätzlich in Frage stelle, ein Scheitern der Maßnahme des LAP riskiere.

Herr **Heidenreich** fragte, warum es ein Misstrauen gegen den Landesbetrieb Straßen NRW gebe.

Herr **Eisenhardt** erklärte, Ziel sei es, umfassende Infos über die Umstände der Maßnahme zu erhalten. Es könne zurzeit keine Aussage über die Auswirkung getroffen werden. Er halte die Frage der Vorlage des Gutachtens vor Baubeginn für berechtigt.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt:

Eine mögliche Ampelanlage auf der B233 (Hochstraße) wird nicht gebaut, bevor der Planungs- und Umweltausschuss das ausstehende Gutachten zur Leistungsfähigkeit dieser Ampelanlage in Bezug auf die Gesamtverkehrssteuerung (oder vgl. bezeichnet) beraten und zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung und 29 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 12.

Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2014  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2013

Herr **Hasler** erläuterte, dass mit der Änderung der Kreisordnung die Städte aktiv an der Festsetzung der Kreisumlage teilnehmen können. Es müsse eine Benehmensherstellung stattfinden. Dies sei mehr als eine Kenntnisnahme. In der Intention des Landes bei der Gesetzesänderung sei unklar, ob es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handle oder der Rat zuständig sei. Er argumentierte, dass wenn schon der Kreistag darüber berate und beschließe, sollten sich auch die Räte damit befassen. Der Antrag sei jetzt gestellt worden, um die Fristen einzuhalten. Er appelliere an die Fraktionen, dem Antrag zuzustimmen.

Frau **Dyduch** teilte mit, dass es bewährte Strukturen gäbe, alle Beteiligten innerhalb des Kreises hätten bislang schon zusammengearbeitet. Zudem gäbe es eine Rückkopplung mit den Kreistagsfraktionen. Sie befand, dass man durch den Bürgermeister und die Verwaltung bislang gut vertreten werde und ein zusätzliches Verfahren nicht notwendig sei. Sie kritisiere den Punkt zur Haushaltssicherung im Antrag, denn man sei sehr wohl bedacht, die Kreisumlage immer zu berücksichtigen.

Frau **Schaumann** ging davon aus, dass die Kämmerer im Kreis in Gesprächen seien. Sie befand die Aussage, dass jedes Mal Benehmen hergestellt werde als falsch, da zuvor 3 Kommunen nicht einverstanden gewesen wären. Es wäre unnötig zu diskutieren, ob einem Rat die Kreisumlage passt oder nicht. Sie führte aus, dass alle Kreistagsmitglieder wenigstens vorhätten, zu sparen. Der Kreishaushalt gehöre in die Hoheit des Kreistages.

Herr **Hasler** erklärte, dass die Landesregierung den Städten ein Instrument gebe, das als Chance genutzt werden könnte. Er frage sich, wie die Verwaltung es sehe und es sei strittig, ob es ein laufendes Geschäft der Verwaltung oder Angelegenheit des Rates sei.

Der **Bürgermeister** führte aus, dass es hier nicht um die Frage gehe, ob es eine Benehmensherstellung gebe oder nicht. Die Kämmererrunde sei bereits in laufenden Gesprächen. Die Stadt Kamen sei mit ihrer Kritik zur Bildung der Kreisumlage häufig auch öffentlich hervorgetreten. Er setze auf den bewährten fachlichen Austausch kritischer Positionen im Rahmen der Kämmererrunde und Bürgermeisterkonferenz.

Herr **Kühnapfel** betonte, dass Kommunikation ein wichtiger Punkt sei. Es sei wiederum wichtig, dass Informationen von den Fraktionen an die Kreistagsfraktionen eingehen. Es befand den Vorgang als zu formell, es sei eigentlich die Frage, wie man anders Einfluss nehmen könne auf die Kreisumlage als über die Kreistagsfraktionen. Den Antrag sehe er zu weit gehend.

Herr **Klanke** teilte mit, dass die Verbindungen zu den Kreistagsfraktionen wichtig seien, da Entscheidungen im Kreistag getroffen werden.

Herr **Eisenhardt** meinte, dass parteipolitische Strukturen keinen Beschluss ersetzen. Er informierte, dass die Stadt Fröndenberg vor kurzem erst über so einen Antrag einstimmig abgestimmt habe. Er warb dafür, dass man sich die Chance nicht nehmen lassen solle.

Herr **Mösgen** erläuterte, dass der Kreis das Verfahren selbständig eingeleitet habe. Der Kreisdirektor habe am 19.06. in der Kämmererrunde den Zeitplan vorgestellt und wolle am 10.09. die Herstellung des Benehmens einleiten. Am 13.09. werden die Kämmerer sich treffen und wenn möglich eine gemeinsame Stellungnahme erarbeiten. Dem entspräche auch die Anregung der Bürgermeisterkonferenz.

Bezogen auf den Antrag führte Herr Mösgen aus, dass man das Benehmen und das Einvernehmen nicht miteinander vertauschen solle. Es sei kein förmliches Beanstandungsverfahren wie z.B. das Klageverfahren der Kommune nach Festsetzung der Kreisumlage. Er wies darauf hin, dass es Unterschiede zwischen einer formellen und politischen Möglichkeit gäbe. Die politische Möglichkeit sei es, im Kreistag einzuwirken. Er freue sich über jeden konstruktiven Vorschlag.

### **Beschluss:**

Die Stadt Kamen nimmt zur Festsetzung der Kreisumlage gemäß § 55 Kreisordnung NRW n.F. für das Haushaltsjahr 2014 Stellung. Die Stellungnahme ist dem Rat vor Weitergabe an den Kreis Unna zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dem Kreis Unna ist mitzuteilen, dass dieser das Verfahren zur Benehmensherstellung zur Kreisumlage gemäß § 55 Abs. 1 Satz 2 KrO NRW n.F. so rechtzeitig einleitet, dass ein Beschlussfassung zur Stellungnahme der Stadt Kamen durch den Rat gemäß § 41 Abs. 3 GO NRW möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:** bei 4 Enthaltungen und 26 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Brüggemann** berichtete, dass Frau Scharrenbach in der letzten PUA-Sitzung am 01.07. behauptet habe, Formulierungen in der Niederschrift des PUA am 13.05. seien gelogen. Er verdeutlichte, dass eine Lüge die Unterstellung sei, vorsätzlich die Unwahrheit gesagt zu haben. Diesen Vorwurf habe Frau Scharrenbach trotz Anmahnung bekräftigt. Dies sei eine Beleidigung der Mitarbeiter/inne des Rathauses. Die Niederschrift sei sachlich richtig, inhaltlich vollständig und mit eindeutigem Personenbezug zum Vortragenden protokolliert worden. Frau Scharrenbach habe die Möglichkeit des formalen Zugangs zum Tonmitschnitt über die Sitzung nicht genutzt. Er erwarte, dass Frau Scharrenbach ihren Vorwurf im Gremium korrigiere.

Der **Bürgermeister** ergänzte, dass er den Vorgang im Ältestenrat angesprochen habe und bot Frau Scharrenbach die Einsicht der Wortprotokolle an. Er betonte, dass sie ihren Vorwurf zu korrigieren habe.

Anfrage CDU  
Kreuzung Sesekeradweges

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass die Stadt Kamen weder Eigentümer der Straße, der Brücke noch des Sesekeradweges sei. Im Oktober 2012 habe man darauf hingewiesen, dass ein Neubau der Brücken geplant, aber der Zeitplan nicht bekannt sei. Allerdings wisse man jetzt aus Presseberichten, dass ein Neubau der Brücken für 2015/1016 geplant werde. Er teilte mit, dass man über den Stand der Planungen rechtzeitig und umfassend berichten werde.

Anfrage CDU  
Lärmschutzwall

Herr **Liedtke** beantwortete die Fragen,

- zu 1. Stadt Kamen sei Antragsteller und Bauherr
- zu 2. Entfällt damit
- zu 3. Bauleitung und Oberbauleitung habe die WSH gemäß der bekannten Grundsatzvereinbarung zwischen der Stadt Kamen, dem Kreis Unna und der WSH zur Errichtung des Walles
- zu 4. Ja, nach einem geprüften verdichtenden Einbau, entsprechende Nachweise seien geführt worden.
- Zu 5a. Entfällt, deswegen weiter zu b.
  - i. Die Schlussabnahme scheitere nicht, sie soll nach Mitteilung des Kreises Unna voraussichtlich in der anstehenden Sommerpause erfolgen. WSH bereite letzte Unterlagen zur Prüfung vor, eine Schlussabnahme sei absehbar zu erwarten.
  - ii. Keine finanzielle Folgen für die Stadt Kamen
  - iii. Könne so nicht beantwortet werden; Hinweis auch zu den ausstehenden Fragen, die könnten nur im nichtöffentlichen Teil des Wirtschaftsausschusses geklärt werden.

Frau **Scharrenbach** war mit der Beantwortung der Fragen nicht einverstanden und schlug vor, die ausstehenden Fragen im nichtöffentlichen Teil der heutigen Ratssitzung zu klären.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass die Fragen heute nicht beantwortet werden könnten, da es liegenschaftliche Fragen seien, die die landwirtschaftliche Fläche betreffen. Er könne zur Frage 6 antworten, dass die Arbeiten nicht mangelhaft ausgeführt worden seien, sondern durch die zu erbringenden Nachweise noch nicht abschließend ausgeführt seien. Herkunftsnachweise und Analysen für das eingebaute Material lägen dem Kreis Unna vor. Herr Liedtke verwies erneut auf die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses, um dort die liegenschaftlichen Fragen im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Der **Bürgermeister** ergänzte, dass ein Fachausschuss als zuständiges Gremium zu nutzen sei, weiter bot er Frau Scharrenbach ein persönliches Gespräch zu der Anfrage an. Außerdem wies er darauf hin, dass es weiterhin Verhandlungen geben werde.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass es um die zentrale Frage ginge, wie öffentliche Bauherren solche Mängel in der Ausführung und der Bauleitung passieren könnten. Erneut fragte sie, ob der heutige nichtöffentliche Teil für die Beantwortung der Fragen genutzt werden könne.

Der **Bürgermeister** verneinte dies und verwies auf die schon gegebene Antworten und Ausführungen.

Anfrage CDU  
Eigenanteilübernahme

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass es neben der AWO auch weitere Träger gebe, die einen Zuschuss zu den Investitionskosten bekämen. Er gab die Zusage, die Antworten zu den weiteren Fragen mit dem Protokoll oder im zuständigen Gremium nachzureichen. Er wies darauf hin, dass zur differenzierten Beantwortung ein umfangreiches Aktenstudium erforderlich sei.

Weitere Anfragen

Herr **Eisenhardt** verwies auf einen Zeitungsartikel, dass an der Ecke Oststraße/Am Geist drei Häuser unter Denkmalschutz ständen. Er fragte an, ob es weitere Erkenntnisse zu Planungen gäbe.

Der **Bürgermeister** erläuterte, dass es einen Eigentümerwechsel gegeben habe. Es hätten noch keine inhaltlichen Gespräche stattgefunden und es lägen noch keine Anfragen oder Anträge diesbezüglich der Verwaltung vor. Er sei irritiert, dass ein sog. Bürgerreporter des Stadtspiegels der Stadtverwaltung und dem Erwerber unterstellt habe, gegen geltendes Recht zu verstoßen. Er führte aus, dass die Belange des Denkmalschutzes sehr sorgfältig geprüft, bearbeitet und abgewogen und zu gegebener Zeit im PUA vorgetragen würden.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Hupe  
Vorsitzender

gez. Peppmeier  
Schriftführerin